

Neueste Nachrichten

Zugangs-Preis:
Die einfache Partie 20 Pf.,
im Reklamematerial 50 Pf.
Haupt-Geschäftsstelle: Pillnitzerstraße 49.
Verleger: Amt I, Nr. 5891.
Für Rücksendung nicht bestimmter Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verbindlichkeit.

Gesenenste und verbreitetste Tageszeitung der kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.

Unparteiische, unabhängige Zeitung für Jedermann.

Zugangs-Preis:
Durch die Post vierzigjährlich 100 Pf.,
mit „Dresdner Fliegende Blätter“ 100 Pf.,
für Dresden u. Vororte monatlich 50 Pf.,
mit Wochblatt 60 Pf.
für Ost-Ung. viertelj. 1.50 resp. 1.62.
Deutsche Preissätze: Kr. 4914. Österreich. 2389.

Centralheizungen, Bade-, Closet-Anlagen

aller Art
liefer
billigt
unter
Garantie

Louis Kühne, Dresden-Av.,
Papiermühlengasse.

Telephon-Nr. 208. 1849

Die heutige Nummer enthält 12 Seiten
mit der Verlosungsliste.

50 Pf.

(Bei wöchentlich 7 maligem Erscheinen)
können die „Neuesten Nachrichten“ im Post-Abonnement
bei allen Postanstalten

für den Monat September
mit Wochblatt „Dresdner Fliegende Blätter“ **64 Pf.**
für Dresden und Vororte monatlich **50 Pf.**
mit dem Wochblatt 60 Pf.

Vor 25 Jahren.

Großes Hauptquartier, 28. August. Gestern siegeln das Geheimschiff des 8. Königlichen Reiter-Regiments, 1. Escadron des Ulanen-Regiments Nr. 18 und der Batterie Jäger gegen 6 Escadrons französischer Chasseurs in der Gegend von Busancy. Der französische Commandeur verwundet und gefangen.

von Pobblekt.

Socialpolitische Amschau.

Neben die Opfer des Bauschwundels tauchen seit einer Reihe von Jahren in den Zeitungen Mitteilungen auf, deren Einzelheiten so erstaunend sind, daß man leicht an eine Übertreibung derselben glauben könnte. Mehrere besonders traurige Fälle haben zu einer näheren Untersuchung in neuester Zeit geführt, deren Ergebnisse beweisen, daß in der That in größeren Städten der Bauschwund sich in einer Weise entwölft hat, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse und für die Moral mancher Erwerbskreise außerordentlich verhängnisvoll werden muß. Es handelt sich um eine Fabel, von Gingewichten zu vernehmen, mit welcher Gewissenhaftigkeit und Verantwortlichkeit von einer gewissen Klasse sogenannter Bauunternehmer und Bauspekulanten Geschäfte gemacht werden. Dene steht fest, daß die seit langer Zeit von dem ehrlichen Bauhandwerk nach dieser Richtung erhobenen Klagen zum großen Theil berechtigt sind. Der Baumarkt ist der Lummelpalz und das Beziehungsfeld für eine Klasse von Menschen, die ganz außergewöhnliche verbrecherische Gewissenhaftigkeit mit großer Verlässigkeit vereinen und denen es durch diese Eigenschaften vielleicht gelingt, den Wohlstand des Staates zu entfliehen. Jene Mitteilungen über die Opfer des Bauschwundels bringen nur den kleinsten Theil des Unglücks zum Ausdruck, der jenen Wölfen des Baumarktes auszuschreiben ist. Könnte man ihrer Thätigkeit vorbeugen und sie unschädlich machen, so würde man nicht nur das beleidigte allgemeine Rechtsgefühl befriedigen, sondern auch in sozialer Hinsicht eine gute That vollbringen. Denn, wie schon gesagt, lebt der Stand der ehrverwerten Bauhandwerker ganz ethisch unter der Thätigkeit jener unsauberen Charaktere.

Die Reichsregierung will jetzt bestimmt gegen beratigen Schwund gezielt vorgehen. Geschieht dies in der geeigneten Weise, so wird sie dabei die wirkliche Unterstützung aller ehrlichen Leute finden.

Eine Bekämpfung mit Stumpf und Stiel ist unmöglich zu sein, da mit Bauschwund und Bauspekulation nicht nur die reich gewisser Handwerkerkreise, sondern auch das Wohnungswesen im engen Zusammenhang steht. Würden durch den Staat, von Gemeinden oder Genossenschaften in weit größerem Umfang als bisher mögliche Arbeiterwohnungen errichtet, so ließe sich jedenfalls auch auf diesem Wege der schwundhaften Bauspekulation der Wind etwas aus den Segein nehmen, denn meistens handelt es sich bei dem Bauschwund um die Errichtung von Wiederaufbauten für „kleine Leute“. Es ist tief zu bedauern, daß diese bei einem Lebensbedürfnis, welches nach der Erziehung am notwendigsten befriedigt werden muß, vielfach auf beratige Schwundbauten angewiesen sind. Mit aller Kraft sollte eine bessere Entwicklung der Baugeossenschaften in Deutschland angestrebt werden.

Bekanntlich wird schon jetzt von der staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung ein Theil des angekommenden Vermögens lehweise für den Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt. Hierbei ist lediglich zu wünschen, daß die Bedingungen, unter denen es geschieht, von manchen Versicherungsanstalten erweitert würden; namentlich sollte kein übermäßiger Zinsfuß gefordert, sondern dieser zum Besten der guten Sache ganz gering bemessen werden. Gegenwärtig wird angestrebt, daß es auch den Berufsgenossenschaften ermöglicht wird, ihre angekommene Gelde zu dem Bau von Arbeiterwohnungen herzuleihen. Gleichzeitig sind alle Genossenschaften jetzt verpflichtet, ihre Kapitalien in öffentlichen Sparsammlungen oder mit mindestmöglicher Sicherheit anzulegen. Es wird nun gewünscht, daß die Reichsregierung die betreffende Bestimmung des Unfallversicherungsgesetzes in entsprechender Weise erweitert und damit den Berufsgenossenschaften in der Wohnungfrage ein erfreuliches Werk ermöglicht.

Auch auf dem Gebiet der nicht staatlichen Versicherung steht sich seit einiger Zeit der Wunsch nach einer Aenderung des derzeitigen Zustandes bewußt. Man fordert ein

Reichsversicherungsgesetz, dessen Zweck sein soll, unerfahrenen Versicherungsschneidern gegen manche geschäftliche Gefahrenkeiten der Versicherungsgesellschaften und ihrer Vertreter zu schützen. Man kann die ungewölfte in ihrer Gesamtsumme außerst legenreiche Thätigkeit der privaten Versicherungsgesellschaften sehr hoch schätzen, ohne sich doch der Erkenntnis zu verschließen, daß auch auf diesem Gebiet sich Mißbräuche eingehalten haben. Da diese Mißbräuche sind oft so groß, daß sie leicht geeignet sind, das Versicherungsgeschäft aus der moralischen Stufe des unrechlichen Baugeschäfts hinabzudücken. Bei der großen sozial-politischen Bedeutung des privaten Versicherungsgeschäfts müssen Mißstände in diesem Bereich je eher je lieber bestraft werden. Sie schädigen den durch jahrelange Aufklärung und Erziehung im Volk erst mühsam geweckten Versicherungsgedanken, sie bringen die private Versicherung in Verzug und tragen natürlich in sehr erheblicher Weise dazu bei, daß es unterlassen wird, sich dieser Einrichtungen zum Schutz gegen körperliche und wirtschaftliche Unglück zu bedienen.

Man hält es daher für zweckmäßig, daß für die einzelnen Versicherungszweige einheitliche Versicherungsbedingungen aufgestellt werden, aus denen ohne alle Verflanzungen die beiderseitigen Rechte und Pflichten klar hervorgehen. Es leuchtet ein, daß hierdurch mancher Mißbrauch im Versicherungsgeschäft verhindert würde, aber es ist auch leicht zu erkennen, daß bei der außerordentlichen Vielseitigkeit, die dasselbe heute erreicht hat, die Schaffung einheitlicher Bestimmungen und die weiter vorgeschlagene Haftpflicht für die Versicherungsdienstagenten nicht leicht ist. Immerhin haben diese Wege im Auge zu behalten sein, wenn die erwähnten Mißstände eingeschränkt werden sollen.

Eine noch schwierigere Aufgabe bietet dem Gesetzgeber jedenfalls die Stellung der Bauindustrie unter den Arbeiterschutz. Daß dieses geschehen muss, ergibt sich immer mehr aus der schon mehrfach auch amtlich festgestellten erheblichen Vermehrung der hausindustriellen Arbeiter. Auch aus den neuen Jahresberichten der Fabrikinspectoren ist zu entnehmen, daß viele Fabrikanten ihren Betrieb hausindustriell einrichten, um nicht die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterschutz berücksichtigen zu müssen, die bekanntlich auf die Bauindustrie keine Anwendung finden. In ihr werden daher nicht nur Erwachsene und jugendliche Arbeiter, sondern auch Kinder in einer bedauernswürdigen Weise abgearbeitet. Die arbeiterfreundlichen Absichten des Gesetzgebers werden damit lahm gelegt. Jedenfalls wird der gegenwärtige Zustand nicht lange dauern, denn da es sich bei der Umwandlung der Fabrikbetriebe in hausindustrielle Betriebe nicht um eine vorübergehende Ercheinung, sondern um einen dauernden Zustand handelt, so hat auch die Reichsregierung sich mit diesem zum Wohl der betreffenden Arbeiterschaft abzufinden. Vielleicht wird den Reichstags schon im nächsten Winter eine entsprechende Vorlage zugehen, mit deren Vorbereitung man, nach einer in den letzten Tagen durch die Zeitungen gehenden Mitteilung, im Reichsamt des Innern beschäftigt sein soll. S.C.

Der Bauschwund in Sachsen.

Wie die „Neuesten Nachrichten“ seiner Zeit mitteilten, hatte in der Angelegenheit des Schutzes der Bauhandwerker gegen die Ausbeutung durch gewissenlose Bauunternehmer der Reichskanzler die Bundesregierungen um entsprechende Mitteilungen mit gutachtlischen Neuerungen erucht, wie eine Berücksichtigung der Wünsche der Bauhandwerker angehängt sei.

Der königliche Minister des Innern hatte darauf die Hansele und Gewerbeamt Dresden veranlaßt, „ihm mit thunlichster Geschwindigkeit anzuzeigen, ob und in welchem Umfang in ihrem Besitz die Bauhandwerker durch betrügerische Manipulationen der Unternehmer geschädigt worden sind und gleichzeitig sich darüber tatsächlich zu äußern, auf welchem Wege nach ihrer Auflösung den Interessen des Bauhandwerkes geltend gemachten Wünschen würde entsagen können.“

Daraufhin wurden sofort 100 beim Baugeschäft beteiligte Innungen und 22 Einzelfirmen befragt; ob ihre Mitglieder der Kanzlei in den letzten 5 Jahren durch Sabotageunfähigkeit von Bau-Unternehmern Verluste gehabt hätten und in welchem Betrage, sowie ob Strafanzeigegeberg oder außergerichtliche Beschlagsnahme der Grundstücke die Verluste verursacht habe.

Etwa zwei Drittel der Befragten — 67 Innungen und 18 Einzelfirmen — antworteten, aber nur reichlich ein Drittel, 30 + 10, sagten an, daß ihre Mitglieder oder Firma Verluste tragischer Art erlitten. Diese finden sich in der Anlage, S. 7, im Einzelnen verzeichnet. Die Summe aller dort bejahten Verluste beträgt 41084 Mr. 16 Pf. Sie dürfte aber auch nicht annähernd die tatsächliche Verlustsumme darstellen, denn es fehlen die Verluste der nicht zu Innungen gehörigen Handwerker und zahlreicher nicht einzeln befragter Firmen völlig und es ist auch keinesfalls anzunehmen, daß alle Mitglieder der 89 Innungen, die trotz Mahnung nicht antworteten, von Verlusten völlig verschont blieben. Aber auch den Innungen die Rückunft gaben, sind, wie sie betonen, meist nur von wenigen Mitgliedern Mitteilungen zugetragen, andere verzweigten solche, theils aus Bequemlichkeit, theils aber auch, weil sie ihren Credit zu schädigen fürchten oder Angaben zwecklos halten, die Höhe ihrer Verluste wohl auch manchmal selbst nicht genau kennen.

Um den einzelnen Bau-handwerkern sind alle bestreben, am meisten aber naturnah diejenigen, deren Arbeit hauptsächlich in den legenden Theil der Bau-Ausführung fallen, so namentlich Schreiner, Schlosser, Glaser, Maler u. a. Auch direkt vermittelte aus die Verluste lehr: Besonders bedeutend sind sie natürlich in Dresden, daneben auch in Görlitz, Meißen und Bautzen, während aus einzelnen Städten, seltsam aus darüber, wie Dippoldiswalde, Riesa, Sebnitz und Großenhain, kein Verlust angezeigt ist. Folgende 27 Innungen beweisen, daß ihnen Verluste ihrer Mitglieder bei Bauarbeiten nicht bekannt geworden seien: in Dresden die Schreine und Maler; in Kötzschenbroda die Tischler und Schlosser; in Frauenstein Schmiede und Schlosser; in Freiberg Maler und Tischler; in Sora Handwerker (allgemein); in Zittau Handwerker (allgemein); in Großenhain Handarbeiter; in Niesa Handwerker (allgemein); Schreiner, Tischler und Schlosser; in Radeburg Steinmetze; in Niesa Handwerker (allgemein); Schreiner, Tischler und Schlosser; in Wehlen Tischler, Tischler und

Tischler, Tischler, Tischler; in Rossen Tischler; in Wilsdruff Tischler; in Neustadt Tischler, Gläser, Drechsler u. a.; in Pirna Tischler, Gläser und Drechsler, Tischler; in Sebnitz Metallarbeiter, Tischler; in Schildau Schmiede, Schmiede, Schlosser und Klempner; in Löbau verschiedene Innung; in Ruhland Schlosser, Schmiede und Klempner; in Döbeln Schlosser und Klempner; in Rügland Tischler, Gläser und Schmiede; in Döbeln Schlosser, Schmiede und Klempner; in Rügland Tischler und Schlosser; in Döbeln Schmiede (vereinigt).

Wenn die von 26 Innungen bejahten Verluste (unter 100 befragten Innungen mit vielen Tausenden von Mitgliedern) zusammengefaßt 248 062 Mr. die von 10 einzelnen Fabrikfirmen (unter 18 befragten) aber 102 762 Mr. betragen, so beweist dies, selbst wenn man die großen Unsicherheiten der letzteren berücksichtigt, daß sie verhältnismäßig ebenso starke Verluste wie die Handwerker erlitten, so daß, was zum Schutze der Bauhandwerker erwartet werden sollte, auch für die Lieferanten von Baumaterialien gelten müßte.

Wenn man nur die Verluste selbst reichlich doppelt so hoch wie bestätigt, also auf 1 Million Mr. oder jährlich 200 000 Mr. schätzen wollte, so ist diese Summe zwar in einem Beigabe von 1 200 000 Einwohnern keine so große, daß sie nicht von geschäftlichen Verlusten anderer Art weit übertroffen würde; sie ist aber immerhin jedenfalls bedeutend genug, um es zu rechtfertigen, daß man solche Verluste fünfzig möglichst zu verhindern sucht, um so mehr, als es bei ihnen häufig von vornherein auf Betrag wirtschaftlich schwächer und unerfahrener abgelehnt ist.

In mehreren anderen deutschen Groß- und auch in einzelnen Mittel-Städten sollen allerdings, wie mehrfach berichtet wird, in den letzten 5 Jahren verhältnismäßig weit größere Verluste bei Bauteilen zu verzeichnen sein als in Dresden und auch Dresden hat Ende der 90er und 70er Jahre in dieser Hinsicht schlimmere Zeiten gehabt. Der ausnahmsweise niedrige Hypotheken-Zinsfuß der letzten Zeit hat wohl manchem Bauunternehmer, der sonst zahlungsunfähig geworden wäre, über das Aussterben hinweggeholfen.

Über das Verfahren derjenigen unsollichen Bauunternehmer, durch welche die Bauhandwerker und Lieferanten so schwer geschädigt werden, äußert sich ein Mitglied der Kammer wie folgt:

Nicht mehr bloß der geprüfte und technisch gebildete, ausreichend intelligenten Baumeister bringt das Baugeschäft, jeder zufolgelegende Richter erwartet Gründe, führt Prachthäuser aus und lebt nobel und guter Dinge, so lange der Durst des Unter ihm stehenden, oft vertrauten Capitaines über Geldinstitutes steht, für die er der Strohmann ist und vom Strohmann er zahlenwillige eine Bausumme erhält, die weder ausreicht, die Kosten der Bauausführung anmaßbar zu bedenken, noch überhaupt bloß zu diesem Zwecke, zieht auch zu allen möglichen anderen Dingen und älteren Verbindlichkeiten verneint und dadurch der eigentlichen Bedeutung, auf die sich das neue Baugeschäft als das Bauhandwerker stützt, in unverantwortlicher Weise entzogen wird.

Der Gesetzgeber läßt sich, bevor seine Zahlungen beginnen, an erster Stelle mit einer, das zu erwartende Darlehen gewöhnlich übersteigende Summe hypothekarisch einzutragen und ist dadurch fast immer der Einsparung, die für seine Leistung im Voraus eine politische Sicherheit gewährt wird; er erhält zudem hohe Zinsen, wohl auch Damnum, und kann mit aller Ruhe der fortwährenden Überwachung des Bauenden und der endlich nothwendig werdenden Substitution des betreffenden Grundstücks entgegen.

Der Lieferant dagegen wird aus den Baugeldern vielleicht nur zu einem kleinen Theile bedient, er wird durch alle möglichen Verprechungen hinzugehalten, muß warten und erwartet schließlich eine sogenannte Sicherstellung seiner Forderung durch Eintrag einer zweizeitigen Hypothek auf das zwischen ihm hochschätzte Hausgrundstück mit der geringen Aussicht auf Beleidigung für den Fall, daß günstig Umstände den Verkauf oder irgend eine Scheidung ermöglichen und daß Grundstück dadurch vor der nothwendigen Substitution entzehen.

Die Kammer beschäftigte sich sodann mit der Frage, auf welche Weise den Bauhandwerkern auf Grund obiger Ausführungen geholfen werden könne. Die vereinigte erste und dritte Commission beschloß darauf zunächst, einstimmig zu erklären:

I. daß die nachgewiesenen Verluste von Bauhandwerkern und Bauunternehmern im Baugeschäft bedeutend genug sind, um Schutzmaßnahmen zu rechtfertigen;

II. daß sich hierzu empfiehlt:

- a) allgemeine Benützung von Auskunftsstellen seitens der Bauhandwerker,
- b) bessere Unterrichtung und Warnung der Bauhandwerker hinsichtlich ihrer juristischen Lage gegenüber den Bau-Unternehmern, im Falle der fortwährenden Überwachung des Bauenden und der endlich nothwendig werdenden Substitution des Grundstücks entgegen.
- c) Erleichterung und Verbilligung der Einsicht in die Grundstücke,
- d) geistliche Verpflichtung der gewerbsmäßigen Bau-Unternehmer zu fachmännischer Buchführung und Beifüllung jedes Vertrages dagegen,
- e) Vereinfachung und Verbilligung des Concurs-Verfahrens,
- f) Errichtung einer Sicherungs-Hypothek für Bauhandwerker und Bauunternehmer, und
- g) Vorkehrungen gegen die Verwendung von Baugeldern zu fremden Zwecken in betrügerischer Absicht.

Dagegen erklärten sich in dieser Commission:

- h) 6 Mitglieder für und 8 gegen die Durchführbarkeit einer auf die Werth erhöhung beschränkten Vorzugs-Hypothek der Bauhandwerker u. d. im Uebrigen einstimmig als gerecht bezeichnet und bei deren Gewährung einstimmig ein Kundigungsberecht der vorliegenden Gläubiger befürwortet wird,
- i) 2 Mitglieder für und 10 gegen einen unbedingten Vorzug-Vertrag, recht der Bauhandwerker u. d.
- j) 1 Mitglied für und 11 gegen Kautionszwang vor Baubeginn. — Auf schriftliche Umfrage bei sämtlichen 29 Kammer-Mitgliedern, die in jener Commission sitzen, nicht anwesend waren, wurde das Gutachten unter I. und IIa bis g mit sämtlichen Stimmen beschlossen.

Deutschland.

* Der Kaiser hat anlässlich der Gründungsfeier für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zur feierlichen Berichterstattung über den Stand der Vorarbeiten für das Kaiser Friedrich-Denkmal ertheilt. Vor sechs Jahren hatte der Berliner Magistrat den Beifall gegeben, im Zusammenhang mit dem Umbau des Friedrichsbrücke aus städtischen Mitteln dem Kaiser Friedrich ein Denkmal zu setzen, und erbat in einer Immediatevorstellung unter dem 8. Mai 1890 die Genehmigung hierzu. In seiner Antwort vom 26. Mai 1890 sprach der Kaiser Dank und Anerkennung für die Kundgebung der Kreise und Anhängerlichkeiten an den untergeordneten Würdenträgern aus, die seinem Herzen wohlgelassen habe. „Gleichwohl vermog ich“, so hielt er in